

Hansruedi Vogel, Co-Präsident KLV Demo

Geschätzte Anwesende

Verlässlichkeit hat unseren Staat stark gemacht. Sei das durch die disziplinierte und korrekte Arbeit der Polizei, dem unermüdlichen Einsatz des Gesundheitspersonals für die Gesundheit der Bevölkerung oder durch die Lehrpersonen mit ihrem Einsatz im Schulzimmer. Wir rühmen uns in einem Kanton zu leben, in dem sich die Bevölkerung sicher fühlen kann, in dem wir zwar ein teures aber ausgezeichnetes Gesundheitssystem haben und in dem auch laut PISA Studie hervorragende Arbeit in der Schule geleistet wird.

Wo bleibt aber in unserem Kanton die Verlässlichkeit in der Politik. Da predigen die Politiker dem Volk allzu oft Wasser und selber trinken sie Wein. Sie vergessen Pflichten, die dringend hätten umgesetzt werden müssen oder sie machen Versprechungen, die sie postwendend wieder abstreiten.

Als Beispiel sei hier das Versprechen zur Einmaleinlage in die SGPK erwähnt.

Die Regierung als Vertreter der Arbeitgeber stellt zudem klar, dass bei späterer Reduktion des technischen Zinssatzes von 3.5 % auf 3 % die Sicherung der Ansprüche der Pensionierten und die daraus erwachsenden Kostenfolgen nicht auf den Aktivversicherten überwält werden.

Dieses Zitat stammt von Regierungsrat Martin Gehrer, das er anlässlich der Sitzung der Vorberatenden Kommission zum Gesetz über die St.Galler Pensionskasse vom 4.2.2013 sagte.

In der Folge beschäftigte sich der Kantonsrat mit dem Pensionskassengesetz, er widersprach dabei Herrn Regierungsrat Martin Gehrer nicht.

Alt Regierungsrat Gehrer bekräftigte im Zeitungsbericht vom 6.4.2017, dass er nach wie vor zu seiner Aussage in der VOKO stehe und für die Versicherten der SGPK ein moralischer Anspruch auf die Einmaleinlage von gut 200 Mio Fr. bestehe.

Es liegt nun in der Verantwortung des Kantons als Arbeitgeber, sein Personal in dieser Frage nicht im Regen stehen zu lassen, sondern der Verpflichtung, die Einmaleinlage in die SGPK einzuzahlen, nachzukommen.

Das damals vorliegende Pensionskassengesetz war aus einem Kompromiss entstanden. Die Versicherten beteiligten sich mit einem Drittel an der Ausfinanzierung und verzichteten zum Beispiel auf die Staatsgarantie und einer Schwankungsreserve. Dafür vertrauten sie darauf, dass bei einer Senkung des technischen Zinssatzes, der Kanton seinen Beitrag leistet.

Eine Ablehnung würde bedeuten, dass wiederum die Jungen für die bereits Pensionierten bezahlen müssten, was nicht fair ist und klar gegen Treu und Glauben verstösst.

Es ist zudem wichtig, dass man die Vorlage der Einmaleinlage als Geschäft für sich betrachtet. Eine Annahme würde nicht bedeuten, dass der Kanton bei einer weiteren Unterdeckung weitere Zahlungen in die SGPK leisten müsste.

Ich appelliere an alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die Vorlage zu unterstützen und der St.Galler Bevölkerung die Chance zu geben, darüber abzustimmen. Ich vertrauen den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie die Wichtigkeit der Einmaleinlage des Kantons in die Pensionskasse sehen, das Versprechen akzeptieren und den Vorschlag der Regierung unterstützen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit